

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1927-1944 1933

31 (31.1.1933) Der Arbeiter im Betrieb

Der Arbeiter im Betrieb

Beilage für die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation - Erscheint jeden Dienstag

Alljuda will deutsche Arbeiter brotlos machen!

Ein vertrauliches Dokument, das in unsere Hände fiel

Der verhängnisvolle Einfluß, den die jüdische Hochfinanz heute auf unsere Volkswirtschaft ausübt, ist dank der Aufklärungsarbeit des Nationalsozialismus fast dem letzten deutschen Volksgenossen klar geworden. Nur solche, die im Solde dieser Ausbeuter stehen, wagen es, die Tatsachen zu bestreiten, die klar vor allen Augen liegen.

Nachdem die Novemberverbrecher ihre Verbrechen zur Durchführung gebracht hatten, wurde Stück um Stück des deutschen Volkswirtschaftens der Hochfinanz in die Hände gespielt. Das Nießenverbrechen der Inflation, das unter dem sozialdemokratischen Reichsfinanzminister Dr. Silberding ein gigantisches Ausmaß annahm, enteignete den deutschen Sparer. Die Notgroßen auch des deutschen Arbeitnehmers wurden zu nichts, das Vermögen des deutschen Mittelstandes ging verloren, das Kapital deutscher Unternehmer schmolz dahin wie der Schnee in der Sonne.

Dann begann das Nießenverbrechen der Bankiers. Die Milliarden, die vorher ins Ausland verschoben worden waren, wurden wieder als „Auslandsgelei“ zu unerhörten Zinssätzen in die deutschen Betriebe geteilt. Um die Zinsen herauszuwirtschaften, rationalisierte man „zur Senkung der Unkosten“, wo vorher ein Dutzend Hände fleißig gewirkt hatten, konnte es jetzt ein einziges Paar schaffen. Und Milliarden um Milliarden unseres Volkseinkommens wurde dem gierigen Moloch Finanzkapital in seine ausländischen Höhlen geworfen. Gleichgültig, ob man dies Zinszahlungen, Reparationen oder sonstwie nannte, der schaffende Deutsche zahlte die Kosten. Diese Milliarden wirkten wie dauernder Blutentzug bei einem sonst gesunden Menschen, langsam aber sicher packt ihn die eiserne Faust des Todes. So mußte auch die deutsche Wirtschaft vor die Hunde gehen.

Mit ein paar Hunderttausend Erwerbslosen begann es. Höher und höher schnellte die Kurve, bis heute die Hälfte des deutschen Volkes zu einem Jammerleben verurteilt ist — durch die Schuld derer, die in den letzten 18 Jahren die Geschichte des Reiches zu bestimmen hatten.

Über diejenigen aber, die noch ihre Arbeitsstätte behalten konnten, raute die Sturmflut des Lohnraubs, gebildet von der Partei, die angeblich die alleinige Interessenvertretin der Arbeiterschaft ist: der Sozialdemokratie. Damit vollendete diese Partei die schamlosen Arbeiterverrat, den sie seit den Novembertagen betrieben hatte.

Ihre Politik war es, die unsere Volkswirtschaft der ausländischen, jüdischen Hochfinanz auslieferte.

Ihre Politik war es, die unerhörte Lasten auf unser Volk legte, Lasten, die zu einer ungeborenen Einschränkung des Verbrauchs und dadurch zur Arbeitslosigkeit führten.

Die jüdische Hochfinanz kann mit ihrem Anseh, der von Juden gegründet, von ihr heute noch geführten Sozialdemokratie zufrieden sein.

Die Hälfte der deutschen Arbeitnehmer liegt auf der Straße. Gegen die noch in den Betrieben befindlichen richtet sich

ein neuer Schandplan der Juden.

Uns fiel ein Dokument in die Hände, das in der letzten Zeit „Vertraulich“ an solche Betriebe verschickt wird, deren Inhaber Juden sind. In diesem Mundschreiben fordert eine ganze Reihe jüdischer Verbände ihre Massegenossen auf, künftighin nur Juden einzustellen. Die entscheidende Stelle in diesem vertraulichen Schreiben lautet:

„In dieser Stunde der Gefahr wenden wir uns an Sie nicht nur mit der Bitte, uns Almosen zu geben, sondern uns mit Rat und Tat beizuhelfen, um jüdische Arbeits- und Erwerbslose wieder unmittelbar ins Wirtschaftsleben einreihen zu können.“

Wir wissen, daß dies im gegenwärtigen Moment nicht einfach ist, dennoch sind wir der Meinung, daß alles getan werden muß, um nach Möglichkeit dahin zu wirken, jeder in seinem Kreise, daß bei Personalausstellungen Juden bei gleicher Qualifikation

mindestens gleichwertig in Konkurrenz gezogen werden.

Die Unterzeichneten würden es dankbar begrüßen, wenn ihre Bitte und Mahnung in dieser Stunde nicht in Vergessenheit geraten würden. Zu jeder weiteren Auskunft stehen Ihnen gern jede der unterzeichneten Organisationen zur Verfügung.“

Die Unterzeichneten sind:

Reichsarbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände, gez. Kammergerichtsrat Leo Wolff. — Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, gez. Rabbiner Dr. Leo Baek. — Großloge für Deutschland U. D. B. D. (ein jüdischer Verschwörerklub zur Herstellung der jüd. Weltmacht) — Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (H), gez. Justizrat Julius Brodits. — Zionistische Vereinigung für Deutschland, gez. Kurt Blumenfeld. — Jüdischer Frauenbund, gez. Bettina Brenner. — Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftsfragen der Juden in Deutschland, gez. Dipl. Ina Bruno Wonda. — Oberrat der Israeliten Badens, gez. Prof. Dr. Nathan Stein.

Wie man sieht, haben sämtliche deutschen Judenklubs sich diesen schamlosen Angriff auf die

Arbeitsstätten der deutschen Arbeitnehmer zu eigen gemacht. Anstatt mit Bescheidenheit aufzutreten, mißbrauchen die Juden also die deutsche Gastfreundschaft nicht nur, um unser gesamtes Volkswirtschaften an sich zu reißen, nein,

man gehen sie zum Generalangriff über, um deutsche Arbeitnehmer brotlos zu machen, damit die von Galizien hereingewanderten Abrahamsöhne untergebracht werden können.

Es versteht sich von selbst, daß es sich für die Juden nicht etwa darum handelt, solche Stellen zu besetzen, wo man sich die Hände schmutzig machen könnte. Schloffer, Erdarbeiter, Transportarbeiter usw. will kein Jude werden. Was die jüdischen Verbände wollen, das sind die Angestelltenposten. Den Dreck zu arbeiten, dazu ist der Gojim dann gut genug.

Deutsche Arbeitnehmer! Wehrt euch mit aller Entschlossenheit gegen den neuesten Angriff des jüdischen Schmarogervolkes auf euer Dasein. Kämpft mit der nationalsozialistischen Bewegung dafür, daß die jüdische Annäherung in ihre Schranken zurückgewiesen wird. Denkt an eure Familien, an eure Kinder!
Deutschland den Deutschen! as.

Die Hauptfachgruppe „Binnenschifffahrt“ der NSBO, teilt mit:

Absolute nationalsozialistische Mehrheit in der Klein-Schiffer-Kammer

Der deutsche Klein-Schiffer (Binnenschiffer) gehört mit zu den ältesten Berufsarten unseres Vaterlandes. Er bildet einen wichtigen Zweig der deutschen Wirtschaft und zählte früher zu den zuverlässigsten, besten Steuerzahlern.

Dennoch hat es Zeiten gegeben, wo infolge vorübergehender schlechter Wirtschaftslage auch der Klein-Schiffer nicht recht vorwärts kam, und zwar dieses in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Somit ist es kein Wunder, wenn man damals den genossenschaftlichen Gedanken von Schulze-Delitzsch aufgriff und Schiffergenossenschaften der verschiedensten Arten gründete. Wenn sich diese Genossenschaften immer auf die ureigensten Belange eingestellt hätten, das heißt wenn die Transport-Genossenschaften ihr Hauptaugenmerk darauf gerichtet hätten, für ihre Genossen Ladungen zu beschaffen, oder sich die Dampfergenossenschaften darauf beschränkt hätten, lediglich Schlepplätze zusammenzubekommen, dann hätte bei sparsamer Verwaltung die Gründung von Genossenschaften segensreich für die Binnenschifffahrt werden können.

Da unsere deutsche Wirtschaft fast völlig zusammengebrochen ist, mußte sich dieses naturgemäß auch auf die Klein-Schifffahrt auswirken. Um ihre führende Stellung zu behalten, drangen daher die bisherigen Führer der Klein-Schifffahrt bei der Regierung darauf, Zwangsmittel zu ergreifen, um mit solchen einen Wiederaufbau der gefährdeten Klein-Schifffahrt zu erreichen.

Seite stehen wir vor der erschütternden Tatsache, daß fast 90 Proz. aller Klein-Binnenschiffer zu Wohlfahrtsempfängern geworden sind.

Die NSBO hat sich durch die Gründung einer Hauptfachgruppe für Binnenschifffahrt unter Führung des Pg. Gien der Belange energisch angenommen. Sie hat gleichzeitig weitgehend mitgeholfen, den Deutschen Schiffer-Schutzverband als wirtschaftliche Vertretung aus der Taufe zu heben. Dieser Verband umfaßt heute annähernd 8000 Mitglieder, und ist somit zur stärksten Berufsvertretung der deutschen Klein-Schiffer geworden.

Durch intensives Arbeiten, durch dauerndes Abhalten von Sprechstunden und Schiffer-Versammlungen ist es gelungen, den deutschen Schiffer zum politischen Denken zu erziehen, dann ihm aber auch beizubringen, daß lediglich eine Besserung seines Berufes kommen kann, wenn der Nationalsozialismus die Führung der Geschicke des Volkes in die Hand nimmt. Heute schwebt der größte Teil der Schiffer auf das Schanzengreif.

Trotzdem die Bestimmungen und Vorbereitungen der Wahl zur Klein-Schifferkammer des M.S.B. so unklar wie möglich gewesen sind, kein Interessierter genügend unterrichtet wurde,

gelang es dem Nationalsozialismus auf Grund seiner Liste, dem Deutschen Schiffer-Schutzverband einen entsprechenden Sieg zu

erzielen. So entfielen von 41 Abgeordneten 24 Mandate auf die Liste des D.S.B.

Die Forderungen des Verbandes

Es wird nunmehr Hauptaufgabe sein, nachstehende lebenswichtige Punkte bei der Regierung durchzusetzen; der Verband fordert hiermit:

1. Sofortige Maßnahmen zur Verhütung weiterer Zwangsvollstreckungen jeglicher Art zu treffen, um so dem Schiffer sein Viehes, seinen Kahn oder Dampfer, zu erhalten.
2. Aufschub aller Amortisationszahlungen für mindestens ein Jahr.
3. Herabsetzung der Zinsen auf einen erträglichen Zinssatz.
4. Stundung aller rückständigen Zinszahlungen, Steuerpflichtigkeiten sowie Beiträge zu den sozialen Versicherungen.
5. Beseitigung der bisherigen Notverordnung und damit der geschaffenen Schiffer-Betriebsverbände.
6. Schaffung eines Reichs-Schiffer-Betriebsverbandes mit dem Sitz in Berlin.

Die Aufgaben dieses Verbandes sind:

- a) Zwangsweises Reichenladen und Reichen-schleppen nicht nur der Klein-Schiffer, sondern auch der Reedereien und Gesellschaften.
- b) Schaffung eines Frachtaussschusses, dessen Befehle die tatsächlichen Stärke der Klein-Schifffahrt und der Großschifffahrt entspricht. — Verlager und Spektreure sollen durch je einen Vertreter beigeordnet werden.
- c) Es müssen Mindest- und Höchstfrachtsätze festgelegt werden.
- d) Anpassung des Binnenschifffahrtsgesetzes an die heutige Zeit.
- e) Aenderung der Revisionsbestimmungen des Transport-Versicherungs-Verbandes. In Schiffs-Revisoren sind vorgebildete Berufs-schiffer zu ernennen.

Wenn die deutsche Klein-Schifffahrt gesunden soll, dann sind noch Hunderte von Aufgaben zu lösen. Nur diejenigen können solchen gerecht werden, die uneigennützig bereit sind, das menschliche Mögliche zu leisten.

Die NSBO, und dazu gehören die Haupt-fachgruppe für Binnenschifffahrt sowie der Deutsche Schiffer-Schutz-Verband, werden nicht eher mit dem Kämpfen aufhören, bis wir wieder von einem deutschen Schiffer-Beruf sprechen können.

Keine plumpen Vertraulichkeiten bitte!

Im Rahmen der deutschen nationalen Partei gibt es bekanntlich eine wertwürdige Organisation, die sich „Reichsverband vaterländischer Arbeitervereine“ nennt und schon bei verschiedenen Gelegenheiten bewiesen hat, daß sie nicht im Interesse der Arbeiter wirkt, sondern als eine gelbe Organisation im besten Sinne des Wortes anzusprechen ist.

Das Organ dieser, nebenbei gesagt, absolut bedeutungslosen Organisation erklärt nun in seiner neuesten Nummer, daß „die nationale Arbeiterschaft die Betriebe erobern müsse“. Es wird der „Einheitsliste der nationalen Arbeiter in den Werken“ das Wort geredet, und es heißt dann unter anderem: „Zu begrüßen wäre es, wenn sich auch die Nationalsozialisten zu einem einheitlichen und geschlossenen Vorgehen gegen den Betriebsmarxismus nunmehr entschließen würden“.

Gelinde ausgedrückt, ist diese Aufforderung eine bodenlos dumme Forderung. Der Kampf um die Betriebe wird von der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation längst mit großem Erfolg geführt, und die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation hat einen Betrieb nach dem anderen dem marxistischen Bonzenrum entrissen. Wir lehnen es aber ab, mit diesen Herrschaften, die recht zweifelhafte Geschäfte betreiben, zusammenzugehen, denn wir erkennen den Gewerkschaftsgedanken als solchen grundsätzlich als richtig und begründenswert an und lehnen es ab, die Politik des R. v. L. mitzumachen, die praktisch darauf hinausläuft, dem Arbeiter in seinem Kampf um sein Recht in den Rücken zu fallen. Gelbe Organisationen lehnen wir Nationalsozialisten ab, weil diese Organisationen den Interessen der Arbeiterschaft zuwiderlaufen und nie in der Lage sein werden, dem Marxismus eine wirkliche Idee entgegenzusetzen.

Plumpe Anbiederungsversuche von dieser Seite verbitten wir uns für allemal und noch mehr verbitten wir uns Rat schläge von Leuten, die selbst noch nie etwas geleistet haben, sondern auf unserem Rücken dann ihre Organisation aufbauen wollen. Wir erobern die Betriebe, aber wir erobern sie für den Nationalsozialismus und nicht für eine reaktionäre Schutztruppe!

Der Gau-Kongreß der NSBO. Gau Baden

findet ganz bestimmt am 18. und 19. März d. J. in Karlsruhe statt.

Samstag abend

Große Kundgebung in der Festhalle

wobei die Betriebszellen-Flaggen geweiht werden, sowie die Verpflichtung der NSBO-Amtswalter stattfindet.

Sonntag vormittag ab 9 Uhr

Amtswaltertagung

wo Pg. Schuhmann und Muchow anwesend sind.

Zur Teilnahme verpflichtet sind alle Amtswalter. Näheres im Mundschreiben 2/33.

Letzte Vorbereitungen zur Teilnahme am Gau-Kongreß sind ab heute zu treffen. Für die Teilnehmer, die übernachtet müssen, werden Freiquartiere zur Verfügung gestellt.

Der Hauptabteilungsleiter VI (Betriebszellen) gez. Fritz Plattner.